

gierte die „Familie“ ganz oben auf der Werteskala.

Zwischen Wunsch und Wirklichkeit aber bestehen oftmals große Differenzen, halten die Kirchen in ihrem Impulspapier zur „Woche für das Leben“ dagegen: Das Bundesamt für Statistik belegt einen Anstieg der Ehescheidungen von 1995 auf 1996 um 3,6 Prozent auf insgesamt 175 550 Scheidungen in Deutschland pro Jahr. Auf drei Eheschließungen kommt damit gegenwärtig statistisch mehr als eine Ehescheidung. Und auch die Zahl der Eheschließungen sinkt stetig. Dem in Werte-Erhebungen belegten Spitzenplatz der Familie steht eine unverbrüchliche Tatsache entgegen: Deutschland ist mit 1,3 Kindern pro Frau eines der kinderärmsten Länder der Welt. Dabei räumen die Kirchen allerdings auch eine immer größer werdende Zahl an ungewollt kinderlos bleibenden Ehen ein. Das Fazit der Kirchen bildet zugleich den Ausgangspunkt ihres Werbens: „Wandlungen der inneren Gestalt und der äußeren Rahmenbedingungen tragen dazu bei, daß die Gestaltung von Elternschaft und Partnerschaft eine große Herausforderung darstellt“, eine große Herausforderung für den einzelnen Menschen, die Gesellschaft und die Kirchen.

In diesem Prozeß tiefgreifender Veränderungen in der Lebenswirklichkeit und dem Verständnis von Ehe und Familie müsse sich auch das *christliche Verständnis* von Ehe und Familie neu bewähren. Zunehmend trete es in Spannung zu den Lebensverhältnissen, in denen sich auch viele Christinnen und Christen vorfinden und einrichteten. Die Beobachtung dieser offenkundigen Diskrepanz bildet den Ausgangspunkt einer Stellungnahme, die der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der von ihm in der Periode 1991–1997 eingerichteten Kammer für Ehe und Familie in Auftrag gegeben hat. Unter dem Titel: Gottes Gabe und persönliche Verantwortung. Zur ethischen Orientierung für das Zusammenleben in Ehe und Familie“ wurde diese nun Ende Mai veröffentlicht.

Ihr Redaktionsprozeß und die Veröffentlichungsweise ist zugleich Indiz: Es

zeigt sich, wie schwer für die Kirche zu klären ist, inwieweit, so der Vizepräsident des EKD-Kirchenamtes im Vorwort zu der Stellungnahme, „das überlieferte christliche Verständnis von Ehe und Familie noch der Sache und den Menschen gerecht wird“, ob es nicht von seiner biblischen Grundlage her neu zu durchdenken und zu formulieren sei, damit es wieder in stärkerem Maß seine lebensdienliche und lebensfördernde Kraft entfalten könne. Mit dieser Schwierigkeit hat zumindest in ähnlicher Weise die katholische Kirche ebenso zu kämpfen.

Nach einer ausführlichen und, wie es ausdrücklich heißt, kontroversen Diskussion des von der Kammer vorgelegten Textes, beauftragte der Rat das Kirchenamt im Vorwort der Veröffentlichung auf den weiterbestehenden erheblichen Diskussions- und Klä-

rungsbedarf hinzuweisen: Dies betrifft zuerst den von der Kammer gewählten „kindorientierten Ansatz“ für die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Ehe und Familie. Gegenüber der Aussage „Kinder konstituieren Familie“, bleibe zu fragen, so der Vizepräsident des Kirchenamtes *Hermann Barth*, ob nicht auch von der Ehe her zu denken sei und „darum die positive Aussage nötig wird, daß es gerade auch um der Kinder willen gut und vernünftig ist zu heiraten“?

Zur Woche für das Leben hatten die Kirchen gemeinsam formuliert: „Uns Christen gelten Ehe und Familie in besondere Weise als gute Gaben Gottes, die der Entfaltung des Lebens dienen. Wie die Ehe als Zeichen für Gottes Bund mit den Menschen steht, so wird die Familie als Widerschein der Liebe Gottes erfahren.“ A.F.

Österreich: Nach der Bundespräsidentenwahl

Für eine Überraschung bei der österreichischen Bundespräsidentenwahl sorgte die Kandidatur einer evangelischen Superintendentin. Der Vorgang signalisiert eine gewisse politische Naivität vieler Christen.

Die politische Landschaft in Österreich verändert sich rasant. Die Wirtschaft boomt, und die Arbeitslosenrate ist eine der niedrigsten des Kontinents. Die Einbeziehung der Alpenrepublik in die europäische Integration beschleunigt die Dynamik noch zusätzlich. Das traditionelle Zwei-Parteien-System, das jahrzehntelang durch einen starren Parteienproporz abgesichert war, bröckelt allenthalben ab. Sehr plastisch zeigte sich dies bei den Bundespräsidentenwahlen im April. Seit 1945 war die Kür des Staatsoberhauptes, die in Österreich direkt durch das Volk vorgenommen wird, eine alleinige Sache der beiden Großparteien SPÖ und ÖVP und ihrer Parteiapparate. Bei den diesjährigen Wahlen hingegen bot sich ein völlig anderes Bild.

Die erste Überraschung bereitete die Sozialdemokratische Partei (SPÖ). Ihre Kandidaten hatten von 1945 bis 1986 alle Präsidentschaftswahlen gewonnen. Heuer stellte die Partei zum ersten Mal und zur Verunsicherung ihrer eigenen Parteimitglieder keinen eigenen Kandidaten auf. Die Partei fand einfach keinen überzeugenden Kandidaten und sah keine Möglichkeit, die Wiederwahl des 1992 zum ersten Mal gewählten Bundespräsidenten *Thomas Klestil* zu verhindern. In dieser Notlage gingen prominente Sozialdemokraten in das Wahlkomitee für Klestil. Durch diesen Schachzug sollte der Eindruck verhindert werden, der amtierende Bundespräsident sei nur ein Exponent der rechten Parteien. Tatsächlich war Klestil 1992 von der

Volkspartei (ÖVP) aufgestellt worden. Mittlerweile hatte er sich jedoch von seiner Partei weitgehend emanzipiert. Und daher hielt sich die ÖVP diesmal aus taktischen Gründen mit ihrer Unterstützung sehr zurück und trat auch nicht als wahlwerbende Gruppe auf.

Kurioserweise war auch von der Freiheitlichen Partei (FPÖ) *Jörg Haider* von Beginn an eine ungewohnte Zurückhaltung zu spüren. Haider sprach wiederholt von Überlegungen der FPÖ, einen eigenen Kandidaten in dieses Rennen zu schicken, doch nie kam es so weit, und schließlich rang sich die Partei zu einer etwas verschlüsselten Wahlempfehlung zugunsten von *Klestil* aus. Damit wurde etwas Wirklichkeit, was seit 1945 unvorstellbar gewesen ist: Daß sich die drei traditionellen Parteien in Österreich vor einer Präsidentschaftswahl in ihre Schlupflöcher zurückziehen und es ihren Anhängern überlassen, eine Entscheidung zu treffen.

Die alternative Kandidatin Gertraud Knoll

Diese Gelegenheit nutzte sofort die kleine liberale Partei von *Heide Schmidt*, die sich zur Zeit in einem Tief befindet, und die durch die Kandidatur ihrer Parteiführerin einen Aufwind erhoffte. *Heide Schmidt* hatte noch bei der Präsidentschaftswahl 1992 als Kandidatin der FPÖ einen respektablen Stimmenanteil von 16 Prozent errungen. Nach ihrem Bruch mit *Haider* verließ sie mit einer Gruppe von Gesinnungsgenossen die FPÖ und gründete die Liberale Partei, die eine spezifische Spielart des traditionell schwachbrüstigen Liberalismus in Österreich fortsetzt: Sie pflegt durch ihre ständig wiederholte Forderung, den Religionsunterricht in den Schulen durch einen Ethikunterricht zu ersetzen, einen sonst in der österreichischen Politik kaum mehr wahrnehmbaren offenen Antiklerikalismus.

Die Chancen von *Heide Schmidt* wären vermutlich recht gut gewesen,

ihren Stimmenanteil von 1992 diesmal auszubauen, wenn nicht im letzten Augenblick eine zweite Frau ihre Kandidatur angemeldet hätte: Die evangelische Superintendentin des Burgenlandes, *Gertraud Knoll*, die wie eine Sternschnuppe auf dem politischen Himmel auftauchte und von einem Teil der Medien mit gewaltigen Vorschußlorbeeren überschüttet wurde. Ihre Stärke war zu Beginn der Wahlkampagne ihre Distanz zu den eingefahrenen Formen institutionalisierter Politik. Die 39jährige sympathische Frau war so etwas wie ein neues Gesicht in der Galerie allzu bekannter Polit-Profis und erhielt viel spontane Zustimmung. In erster Linie flogen ihr die Herzen jüngerer Christen zu, sie entsprach aber auch den Erwartungen alternativ denkender Menschen in der Politik.

Gertraud Knoll sagte von allem Anfang an, sie wolle Wärme in die Politik bringen und vertraue auf die Kraft des Wortes. Kinderlachen solle wie in den Zeiten der Kaiserin *Maria Theresia* wieder in die Wiener Hofburg einziehen, meinte die Superintendentin, die mit einem evangelischen Pastor verheiratet ist und mit ihm gemeinsam drei Kinder hat. Als „Präsidentin der Herzen“ fasse sie das Amt einer Bundespräsidentin auf. Bald stellte sich allerdings heraus, daß *Gertraud Knoll* die Kraft des Wortes im Alltag der Politik fehlte. Es mangelte ihr einfach die politische Sachkompetenz.

Politische Naivität vieler Christen

In diesem Sinn kann *Gertraud Knoll* als symptomatisches Beispiel dafür gelten, wie entwöhnt zur Zeit viele Christen in Österreich der Politik sind, wobei die Unterschiede zwischen Katholiken und Evangelischen gering sein dürften. Das „*Mariazeller Manifest*“ hat 1952 die oft unheilvollen Bindungen der katholischen Kirche zum Parteikatholizismus der Vergangenheit verdienstvollerweise gesprengt. Aber nicht wenige Christen haben, so

scheint es, diese freiwillige Selbstbeschränkung der Institution Kirche in der Folge mißverstanden und auf das eigene persönliche Leben bezogen.

In der Konsequenz dieser Entwicklung ist bei zahlreichen kirchlich aktiven Laien ein eher unpolitisches Denken entstanden, das sich bei Befassung mit Politik in der Regel nur auf allgemeine moralische Kategorien beschränkt, und weder über hinreichendes politisches Wissen noch über politische Fantasie oder Vorstellungskraft verfügt. Von einigen besonders geschulten Gruppierungen und Einzelpersonen abgesehen, die beruflich mit politischen Vorgängen zu tun haben, macht sich im kirchlichen Milieu in Österreich häufig eine *seltsame politische Naivität* breit, die kaum in der Lage ist, komplexere Entwicklungen einigermaßen sachgerecht zu analysieren. In dieses Kapitel fällt wohl auch, was *Gertraud Knoll* an emotionalen Vorbehalten gegen einen NATO-Beitritt Österreichs äußerte, ohne sich damit näher in einer rationalen Argumentation auseinanderzusetzen. Zu diesem Thema gehört auch das von Politikern verschiedener Parteien gepflegte Unbehagen im Zusammenhang mit der bevorstehenden Osterweiterung der Europäischen Union.

Noch ein anderer Aspekt im Zusammenhang mit der Bundespräsidentenwahl ist zu beachten: Die *schwierige interne Situation der evangelischen Kirche* in Österreich, die sich mit fünf Prozent evangelischer Christen in einer extremen Minderheitssituation befindet, und die schon seit geraumer Zeit von einer Austrittswelle heimgesucht wird, die zum Teil prozentuell höher als in der katholischen Kirche ist. *Gertraud Knoll* kommt aus dem Burgenland, das in der Zeit der Monarchie zur ungarischen Reichshälfte gehörte, wo es keine gewaltsame Gegenreformation wie in den österreichischen Erblanden gab. Daher leben im Burgenland heute immerhin 14 Prozent evangelische Christen, und allein diese Zahl gibt ein anderes Selbstbewußtsein.

Will man alle diese Ereignisse richtig

verstehen, muß man auch den Umstand bedenken, daß die evangelischen Christen in Österreich jahrhundertlang unterdrückt worden sind. In dieser Lage haben sich die Evangelischen häufig der jeweiligen politischen Opposition angeschlossen, im vorigen Jahrhundert vor allem der radikalen deutschnationalen. Erst in der Gegenwart konnten diese alten Gegensätze weitgehend überwunden werden, durch ökumenische Zusammenarbeit in vielerlei Form. Aber die Vergangenheit lebt unterschwellig weiter, etwa in der Mitgliedschaft nicht weniger evangelischer Christen in der FPÖ.

Für diese FP-Anhänger in der evangelischen Kirche bedeutete die Kandidatur von Gertraud Knoll ein besonderes Ärgernis, und manche ihrer Wortmeldungen lösten heftigen kircheninternen Wirbel aus. Die Kirchenleitung sorgte daher für eine schnelle Karenzierung der Superintendentin für die Zeit ihrer politischen Tätigkeit, und war wohl froh, als das Wahlergebnis die Sorgen über eventuell weitergehende politische Konsequenzen überflüssig machte. Trotzdem ist die Kandidatur von Gertraud Knoll ein erfreuliches Zeichen für die quasi selbstverständliche Integration der evangelischen Christen in Österreich, deren Echo auf die Knoll-Kandidatur freilich von Euphorie bis zu Entsetzen reichte...

Haiders taktisches Verhältnis zu Inhalten

Es war keine Überraschung, daß Thomas Klestil als klarer Favorit mit 63,5 Prozent der Stimmen seine Wiederwahl als Bundespräsident problemlos erreichte. Eher überraschend war der Umstand, daß Gertraud Knoll auf Anhieb den Platz 2 mit 13,5 Prozent der Stimmen erringen und ihre viel professionellere Konkurrentin Heide Schmidt schlagen konnte, die sich mit 11,1 Prozent zufrieden geben mußte. Im Vergleich dazu schnitt der vierte Kandidat *Richard Lugner* mit 9,9 Prozent gar nicht so schlecht ab. Lugner

ist jener Baumeister in Wien, der seit Jahren weltbekannte Filmstars auf eigene Kosten zum Wiener Opernball einfliegt.

Am Ende der Kandidaten-Tabelle trat noch ein privater „Kämpfer“ auf: *Karl W. Nowak*, in der Öffentlichkeit so gut wie unbekannt, der unentwegt Stimmung gegen die EU und die NATO macht, und der die Neutralität Österreichs unbedingt erhalten möchte. Sein vernichtendes Ergebnis von zwei Prozent zeigt, daß die Vergangenheit auch in Österreich endgültig vorüber ist. Es wäre aber eine arge Selbsttäuschung, wollte man meinen, die Neutralität wäre in Österreich endgültig abgehakt. Das trifft wohl für den Bereich der nationalen Auseinandersetzung zu. Aber dort, wo mit dem „Bauch“ gedacht wird, träumen nicht wenige Österreicher noch immer von den „herrlichen Zeiten“, in denen in Wien Kennedy und Chruschtschow, Ford und Breschnjew zusammentrafen, und das neutrale Österreich priesen.

Noch eine ganz andere Facette der Präsidentschaftswahl ist zu erwähnen: Die Tatsache, daß fast alle „kleinen“ Kandidaten schärfste Anti-Haider-Töne hören ließen, und dennoch keinen Durchbruch erzielten, während Thomas Klestil den FPÖ-Parteiboss in keiner Weise ausgrenzte und trotzdem das Rennen problemlos für sich entscheiden konnte. Dieser Umstand läßt vermuten, daß die Zeit der fast hysterischen Ausgrenzung Haiders nun allmählich zu Ende gehen dürfte.

In der Tat hat sich in letzter Zeit recht klar gezeigt, daß es ein Fehlschluß ist, wenn man glaubt, es sei das Entscheidende, Jörg Haider als Nazi und/oder als Rechtsradikalen zu enttarnen. Denn auf diese Weise wird ein einzelnes Moment zur Grundlage der Einschätzung des Phänomens der Haideri, das nun schon seit Jahren zu einem Schibboleth der österreichischen Innenpolitik geworden ist.

In einem aufsehenerregenden Artikel in der Wiener „Presse“ widersprach erst kürzlich *Franz Schandl* der verbreiteten Versuchung, Haider beim faschistischen Eck dingfest machen zu

wollen, das er zwar wohlweislich besetzt hält, das aber längst nicht sein einziges Territorium darstellt: „Der Extremismus der FPÖ rührt nämlich mehr aus der biedereren Mitte als vom rechtsextremen Rand der Gesellschaft. In dieser biedereren Mitte ist der Extremismus gut verankert, in den Discos, in den Bierzelten, an den Stammtischen. Aber die Gefährlichkeit Jörg Haiders besteht nicht darin, daß er ein Rechtsextremer, ein Nazi ist, sondern daß er den Schritt über den traditionellen Rechtsextremismus und Faschismus hinaus getan hat.“

Diese These ist für österreichische Verhältnisse sensationell, da die Frage nach dem Verhältnis zu Haider mittlerweile längst zur Grundfrage der Innenpolitik geworden ist. Genau dieser Umstand führte aber zu einer maßlosen Überschätzung Haiders, der ununterbrochen zitiert, attackiert und kopiert wurde, wodurch man ihm unfreiwillig zahllose Menschen zuführte, ja zutrieb. Und indem man Haider auf den rechtsextremen Bereich festlegen wollte, mißverstand man sein oft nur noch *taktisches Verhältnis zu Inhalten*: Gestern war er deutschnational, heute ist er österreichisch-patriotisch. Gestern war er noch Einpeitscher für die EWG, heute ist er vehementer Gegner der EU und des EURO und Profiteur der latenten Stimmung gegen „die in Brüssel“.

In diesem Sinn seien die Freiheitlichen in Österreich das erste erfolgreiche postfaschistische Projekt der Rechten in Europa, schreibt Franz Schandl, und seine Schlußfolgerung klingt einleuchtend: Erfolg hat diese Partei, weil ihr die Loslösung vom traditionellen Rechtsextremismus gelungen ist. Eben dieser Umstand ist es, der Haider so gefährlich macht, nicht in erster Linie die Rückgriffe in die braune Mottenkiste der Vergangenheit, die nur Elemente im postmodernen Potpourri seiner Beliebigkeiten sind.

Mittlerweile scheinen immer öfter parteiinterne Sorgen und Probleme Haiders in die Enge zu treiben. Immer häufiger gerät er in Konflikte mit Funktionen seiner eigenen Partei in den

Bundesländern. Besonders spektakulär entwickelten sich die Meinungsverschiedenheiten zwischen Haider und den höchsten Verantwortlichen der FPÖ in Salzburg, wo der Parteiobermann nicht weniger als 700 Funktionäre vom Salzburger Landesparteiobmann bis zu den Ortsleuten ihrer Funktionen entthronte. Bald stellte sich heraus, daß sich Haider mit diesem Kraftakt übernommen hatte: Er mußte diesen Gewaltstreich zurücknehmen. Kurz darauf kam es zu einem spektakulären Korruptionsfall eines niederösterreichischen FP-Abgeordneten, und Haider betrieb den sofortigen Rück-

tritt des FP-Landesparteiobmanns in Niederösterreich.

Nach außen gibt sich der FP-Parteichef aber nach wie vor sehr offensiv. So tauchte Haider persönlich beim Studientag „Katholische Kirche und FPÖ im Gespräch“ auf, dem im Rahmen des „Dialogs für Österreich“ vier weitere Studientage mit den anderen Parlamentsparteien folgen werden. Haider ging von „gemeinsamen Zielvorstellungen“ aus und nannte da u. a.: Intensive Bekämpfung des islamischen Fundamentalismus, Erhaltung des arbeitsfreien Sonntags, sowie Kampf gegen Hedonismus und Nihilismus.

Der Wiener Generalvikar *Helmut Schüller* erwiderte als katholischer Hauptredner, die Suche einer Partei nach ideeller Partnerschaft könne nicht Inanspruchnahme christlicher Inhalte für politische Positionen bedeuten. Das neue FPÖ-Programm betone die Würde des Menschen, doch störe das Heranziehen zu einfacher Erklärungsmuster für gesellschaftliche Probleme und die allzu reichen Schuldzuweisungen an die Ausländer, an Brüssel und an den Islam: „Das Abstellen der Politik auf den Grant und die Frustration der Menschen ist mehr als problematisch.“

F. C.

Hildegard von Bingen 1998

Ein Gedenkjahr in Medien, Tourismus und Wissenschaft

Hildegard von Bingen, wohin man schaut: Die 1098 geborene Benediktinerin genießt in ihrem Jubiläumsjahr hohes Ansehen, vor allem durch ihre Medizin und Ernährungslehre. Franz Staab, Professor für Geschichte an der Universität Koblenz-Landau und Hildegard-Forscher, setzt sich im folgenden Beitrag mit dem aktuellen Interesse an der mittelalterlichen Klosterfrau auseinander und gibt einen Überblick zum Leben und Werk der Hildegard von Bingen.

Sehr auffallend ist es schon, wie lebhaft die Gestalt Hildegards seit dem letzten Jubiläum 1979 (die seinerzeit von *A. Ph. Brück* herausgegebene Festschrift wurde gerade eben nachgedruckt) die Phantasie vieler Menschen an den fernsten Orten des Erdballs beflügelt und dort teils gemeinsame, teils aber auch recht verschiedene bis absonderliche Perspektiven von ihrem Leben und Werk herausgearbeitet werden, sich verändern und fast ständig neu gestalten. In ihnen stehen sehr im Vordergrund die Hildegard-Medizin und Hildegard-Diät, aber auch ihre Musik. Während 1923 eine populäre Hildegard-Biographie – die Verfasserin *Hedwig von Bredern* war übrigens Protestantin – zwar einiges von den medizinischen Rezepten Hildegards als Kuriositäten zitierte und dazu kopfschüttelnd meinte, „wer will sie anwenden?“, wird gerade dies heute ausprobiert. Die Läden sind überflutet mit sog. Hildegard-Koch- oder Arzneibüchern.

Ernsthafte Leute nehmen daran Anstoß, grundsätzlich und nicht bloß an den natürlicherweise auftretenden billigen und verfälschenden Angeboten, die bei entsprechend lebhafter Nachfrage selbstverständlich auch auf den Markt kommen und die sich der kluge „Verbraucher“, wenn das Wort erlaubt ist, nicht andrehen lassen muß. Wenn die Kritik daran allzu

sehr in die Begriffsklauberei und ins Prinzipielle geht, erhebt sich allerdings der nicht unberechtigte Verdacht, daß Berufsinteressen von Köchen, Medizinern, Musikern oder Theologen, die lieber die ihnen von ihrer Ausbildung her geläufigen und von ihnen selbst angebotenen Produkte an den Mann bringen wollen, keine ganz nebensächliche Rolle spielen.

Die Heilige und der Zeitgeist

Wenn etwa ein im September 1997 im „Anzeiger für die Seelsorge“ erschienener Artikel die medizinisch-diätetischen Schriften Hildegards schon damit zu diskreditieren sucht, daß die ältesten erhaltenen Handschriften von ihnen erst mehr als 100 Jahre nach Hildegards Tod entstanden sind, daß es darin so gut wie keine Rezepte im heutigen Sinn gibt, während heute solche als Hildegard-Originale verbreitet werden, oder daß die Heilige aus moderner Sicht keine zureichenden Kenntnisse in Anatomie besaß, so ist man versucht zu fragen: was ist daran ungewöhnlich? Für Werke antiker Schriftsteller setzt die handschriftliche Überlieferung in der Regel in einem noch viel größeren zeitlichen Abstand